RS Vwgh 1987/2/20 86/11/0058

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 20.02.1987

Index

L92053 Altenheime Pflegeheime Sozialhilfe Niederösterreich

L92103 Behindertenhilfe Rehabilitation Niederösterreich

L92603 Blindenbeihilfe Niederösterreich

001 Verwaltungsrecht allgemein

40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

AVG §56;

SHG NÖ 1974 §41 Abs6 idF 9200-3;

VwRallg;

Rechtssatz

Mangels einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung der Bezirkshauptmannschaft (als der zur Entscheidung über Kostenersatzansprüche in erster Instanz sachlich zuständigen Behörde) zu nicht bescheidförmigen Verzichtserklärungen auf den Kostenersatzanspruch namens des Landes kann ein Schreiben dieser Behörde an einen Ersatzpflichtigen nur dann als ein seine Heranziehung nach § 42 NÖ SHG hindernder "Verzicht" gewertet werden, wenn es einen Bescheid (mit einem eine solche Heranziehung ausschließenden Abspruch) darstellt. Im Zweifel ist ein solches Schreiben nicht als Bescheid zu werten.

Schlagworte

Rechtsgrundsätze Verzicht Widerruf VwRallg6/3

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1987:1986110058.X03

Im RIS seit

11.07.2001

Zuletzt aktualisiert am

04.08.2009

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at